



Interview mit Patrizia Nanz und Sébastien Treyer

## Wege zu einer nachhaltigen Transformation: nicht nur top-down, sondern auch bottom-up

### Welche unmittelbaren Lehren lassen sich mit Blick auf den voranschreitenden Klimawandel aus der aktuellen Krise ziehen?

**Patrizia Nanz** Obwohl wir die Corona-Krise als eine globale Bedrohung wahrnehmen, die das Ausmaß der weltweiten Vernetzung am eigenen Leib erfahrbar macht, war das Reaktionsschema auf diese Krise in den ersten Monaten vor allem ein nationales. Tatsächlich hat sich aber gezeigt, dass Erfolge insbesondere auch auf der Selbstorganisationsfähigkeit lokaler und regionaler Akteure beruhen, also ihrer Fähigkeit, kontextspezifische Maßnahmen zu ergreifen. Ein Beispiel: Bereits im März 2020, während die nationalen Regierungen innereuropäische Grenzen schlossen, haben die Unikliniken in Karlsruhe und Freiburg angefangen, Patientinnen und Patienten aus der schwer betroffenen französischen Région Grand Est aufzunehmen. Auf Grundlage solcher Erfahrungen haben die Région, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und das Saarland im November 2020 dann einen Beistandspakt für eine verstärkte grenzüberschreitende Kooperation und Koordination abgeschlossen. Hier sehen wir den engen Zusammenhang zwischen einem globalen Problem und der Wirksamkeit dezentral emergierender – also »von unten« kommender – Antworten.

**Sébastien Treyer** Die kollektive Bewusstwerdung unserer wechselseitigen Abhängigkeit auf allen Ebenen hat die Bedeutung des Schutzes der globalen Gemeingüter – zu denen auch die Umwelt zählt – gestärkt und konfrontiert uns auf noch einschneidendere Weise mit der Frage, was wir tun können, um den Transformationsprozess endlich ins Rollen zu bringen, ohne dabei die

Bedürfnisse der Bevölkerungen aus den Augen zu verlieren. Ich halte die Parallelen zur globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 für extrem wichtig: Damals gab es keine klaren Gegenleistungen für die Staatshilfen, die einer gewissen Zahl von Akteuren des Bankensektors zugutekamen, und das hatte verheerende Folgen für das Verhältnis zwischen Staat und Bürgern. Momentan ist noch nicht absehbar, wie lange diese Krise andauern wird, und selbst wenn die Menschen verstehen, dass wir das Klima und die Biodiversität schützen müssen, benötigen sie Hilfen angesichts der zahlreichen Schließungen und Insolvenzen, die wir gegenwärtig beobachten. Die heiklen Fragen der Umstrukturierung der regionalen Wirtschaft oder der regionalen Arbeitsmarktstrukturen sind von immenser Bedeutung.

### Bei den Corona-Beschlüssen handelt es sich um radikale, schnell ergriffene und nicht sonderlich von Mitbestimmung geprägte Maßnahmen. Sollten sich die Regierungen beim Kampf gegen den Klimawandel angesichts der Dringlichkeit des Problems hieran ein Beispiel nehmen?

**Sébastien Treyer** Es geht in der Tat darum, bestimmte Fristen nicht verstreichen zu lassen, denn die Lage ist ernst. Zum fünfjährigen Jubiläum des Pariser Klimaschutzabkommens im vergangenen Jahr war eine sehr positive Beschleunigung der politischen Erklärungen auf internationaler Ebene zu beobachten, und Länder wie China, Japan, Südkorea, sowie die EU (und hoffentlich bald auch die USA) haben die CO<sub>2</sub>-Neutralität zu ihrem langfristigen Ziel erklärt. Warum allerdings gelingt es uns nicht, diesen Wandel schneller voranzutreiben? Weil wir äußerst schwierige

## Green Deal reloaded – Perspektiven für eine nachhaltige und gerechte Transformation der EU

N° 1, 22. Januar 2021

Entscheidungen fällen müssen. In Frankreich stellt die Energiegewinnung nicht das Hauptproblem dar, denn durch den hohen Anteil von Atomenergie an der Stromerzeugung ist der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in diesem Bereich relativ gering. Mit Blick auf die Beschäftigten in der Automobilbranche und den Zugang der Menschen zu persönlicher und beruflicher Mobilität stehen wir jedoch vor harten gesellschaftlichen Veränderungen, die nicht von heute auf morgen vollzogen werden können. Tatsächlich bin ich der Meinung, dass die Fähigkeiten zur Umsetzung sowie die Möglichkeiten der Umsetzbarkeit dieses gesellschaftlichen Wandels nicht gut genug vorbereitet wurden.

**Patrizia Nanz** Lassen Sie mich an dieser Stelle etwas provokant werden: Seit über zehn Jahren bin ich als Wissenschaftlerin und Forscherin beratend für die deutsche Bundesregierung und verschiedene europäische Institutionen tätig, und ebenso lange sehe ich auf nationaler wie auf internationaler Ebene nur minimale Veränderungen. Der Klimawandel ist längst bekannt, Unwissenheit kann also nicht das Problem sein. Aber unser Wissen um die Erderwärmung hat bislang kaum Auswirkungen auf unsere politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen. Die derzeit im Zusammenhang mit Covid-19 getroffenen Maßnahmen sind in der Tat radikal. Ich glaube aber, dass eine Abstimmung dezentraler Lösungsansätze zielführender und nachhaltiger wäre, als eine einspurig hierarchische Entscheidungskette, in der eine Zentralregierung Beschlüsse fasst und darauf hofft, dass sich in logischer Folge die Gesellschaft und beteiligte Systeme, z.B. die Wirtschaft, dauerhaft umgestalten. Es heißt oft, Mitgestaltung und Selbstorganisation würden zu viel Zeit kosten. In Wirklichkeit ist jedoch das Gegenteil der Fall. Eine echte Transformation der Gesellschaft muss auch aus dieser selbst heraus kommen.

### Die demokratische Einbettung von Transformationsprozessen ist also die Voraussetzung für deren Erfolg?

**Patrizia Nanz** Häufig glauben wir, es gäbe nur zwei Möglichkeiten: Entweder wir tun was nötig ist, um den Planeten zu retten, und handeln dadurch gegen den Willen vieler Bürgerinnen und Bürger, oder wir richten uns nach ihrem Willen und verzichten auf umweltpolitische Maßnahmen. Ich halte das für falsch, so wie es auch falsch ist, zu glauben, bürgerschaftliches Engagement sei einzig und allein eine Frage der Erzeugung von Akzeptanz. Auf dem Spiel steht, wie die Bewegung der Gelbwesten in Frankreich gezeigt hat, das Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen in die Wirksamkeit von Politik. Die Politik muss daher Prozesse wie den des französischen Bürgerkonvents für das Klima (Convention Citoyenne pour le Climat) und deren Ergebnisse sehr ernst nehmen. Das bedeutet aber auch, dass das Gelingen der Transformation abhängig ist von einem Wandel der staatlichen Institutionen. Wenn die öffentliche Verwaltung und das politische System, einschließlich des Parlaments, nicht in der Lage sind, die von außen an sie herangetragenen Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger aufzunehmen, befinden wir uns in einer Sackgasse.

**Sébastien Treyer** Meinungsumfragen stellen lediglich eine Möglichkeit dar, die Wünsche der Bevölkerung zu verstehen. Der französische Bürgerkonvent geht darüber hinaus, weil er die Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzt hat, kraft ihrer politischen Auseinandersetzung politische Botschaften zu erarbeiten. Es ist meines Erachtens nicht schlimm, wenn die Teilnehmerzahl mit 150 nicht unbedingt repräsentativ ist; was mir bemerkenswert erscheint, ist, dass die französischen Bürgerinnen und Bürger mit Greta Thunberg und dem Weltklimarat insofern übereinstimmen, dass sie den Wandel als notwendig betrachten. Das ist eine der zentralen Botschaften des Bürgerkonvents. Bezüglich der sehr anspruchsvollen umweltpolitischen Ziele

**Green Deal reloaded – Perspektiven für eine nachhaltige und gerechte Transformation der EU**

N° 1, 22. Januar 2021

zeigen sich die Verfasserinnen und Verfasser überzeugt und erklären sinngemäß: »Wenn hier 149 Maßnahmen aufgelistet sind, dann deshalb, weil eine CO<sub>2</sub>-Steuer allein nicht ausreichen wird, um das System zu verändern, denn unser ganzes System, die Organisation unserer Städte, unser Ernährungs- und Mobilitätssystem, all das steckt fest. Wenn man versucht, die Bürgerinnen und Bürger und die wirtschaftlichen Akteure durch eine progressive Anhebung der CO<sub>2</sub>-Steuer zum Handeln zu bewegen, werden massive Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten die Folge sein. Deshalb umfasst unser Maßnahmenkatalog 149 Vorschläge und bezieht die CO<sub>2</sub>-Steuer bewusst nicht mit ein, denn zuerst muss der Rest verändert werden.« Es ist unglaublich wichtig, diese Arbeit der Bürgerinnen und Bürger jetzt ernst zu nehmen.

**Patrizia Nanz** Meiner Erfahrung nach übernehmen Bürgerinnen und Bürger gerne Verantwortung. Beteiligung kann zudem Populismus den Wind aus den Segeln nehmen, denn dadurch wird der Gegensatz zwischen »Uns« und »Denen« – im Sinne von »den Eliten und der Regierung« – aufgelöst. Wenn alle im selben Boot sitzen, geht es darum, gemeinsam Lösungen zu finden.

**Mit Blick auf die deutsch-französische Zusammenarbeit: In welchen Bereichen wäre eine verstärkte Kooperation kurzfristig und langfristig besonders sinnvoll?**

**Sébastien Treyer** Gerade der Green Deal, der auf einen tiefgreifenden ökonomischen Wandel aller Regionen der EU abzielt, beinhaltet verbindende Aspekte, die eine Abstimmung zwischen Deutschland und Frankreich erfordern. Im Hinblick auf die von den nationalen Entscheidungsträgern festgelegte politische Agenda ist etwa die Frage der Wasserstofftechnologien zentral. Angesichts der Größe des deutschen und des französischen Marktes und der sehr unterschiedlichen Geschäftsmodelle der Energiewirtschaft in beiden

Ländern ist eine Debatte hierzu unabdingbar, um Doppelungen bei den Investitionen in diesem Bereich zu vermeiden. Eine andere wichtige Baustelle ist die Abkehr von einer intensiven Viehzucht – eine Frage, die sich vor dem Hintergrund der aktuellen Krise für eine Region wie die Bretagne mit einer besonderen Dringlichkeit stellt. Hier wäre ein Austausch zu Best-Practice-Beispielen mit Bundesländern wie Mecklenburg-Vorpommern, die vor ähnlichen Herausforderungen stehen, sinnvoll. Es ist wirklich entscheidend, dass wir über alle politischen Schwerpunkte des Green Deals miteinander sprechen, dass wir unsere geografische Nähe und die Dynamik der deutsch-französischen Achse nutzen und dadurch letztlich die europäische Zusammenarbeit stärken.

**Patrizia Nanz** Ich höre von vielen Ländern, dass sie sich wünschen, Deutschland würde eine stärkere Führungsrolle innerhalb Europas übernehmen. Auch Emmanuel Macron hat Deutschland 2017 in seiner Rede an der Sorbonne dazu aufgefordert. Er wollte gemeinsam mit Angela Merkel einen europäischen Weg für eine umfassende Transformation ebnen. Wie könnte ein solcher Weg aussehen? Er könnte dadurch gekennzeichnet sein, dass Maßnahmen für das Klima an sozialpolitische Maßnahmen gekoppelt werden, oder durch einen radikal dezentralen, von den Regionen ausgehenden Ansatz. Letzteres entspricht im Übrigen dem Vorgehen des Deutsch-Französischen Zukunftswerks. Dieses hat den Auftrag, mit Blick auf die Innovationsfähigkeit von Kommunen und Regionen in Deutschland und Frankreich Muster für gelingende Transformationen zu entdecken und, ausgehend von der lokalen Ebene, Handlungsempfehlungen an die beiden nationalen Regierungen zu erarbeiten.

**Sébastien Treyer** Aus französischer Sicht hat man immer den Eindruck, dass die Bundesländer durch das Subsidiaritätsprinzip und den deutschen Föderalismus sehr viel stärker in die Entscheidungsfindung auf nationaler Ebene eingebunden sind, während wir in

## Green Deal reloaded – Perspektiven für eine nachhaltige und gerechte Transformation der EU

N° 1, 22. Januar 2021

Frankreich unter einem wahnsinnig jakobinischen Entscheidungsmodus leiden und es uns nicht gelingt, diesen zu überwinden. Es gibt jedoch aktuell in Frankreich außerordentlich gut konzipierte regionale Modellprojekte. Man stellt sich eine mittel- und langfristig nur mit hohem Aufwand zu erreichende Aufgabe – z.B. die Beseitigung von Langzeitarbeitslosigkeit, die CO<sub>2</sub>-Neutralität oder eine »positive Energiebilanz« – und bemüht sich, die gesamte Region in die Erreichung dieses Ziels einzubinden, um so die Bedingungen für die Interaktion zwischen den Akteuren aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Sozial- und Solidarökonomie und den Gebietskörperschaften zu verändern.

### Wie beurteilen Sie die Erfolgsaussichten der europäischen Anstrengungen im Bereich der Klimapolitik? Kann der Green Deal noch als realistisches Ziel betrachtet werden?

**Sébastien Treyer** Die jeweiligen wirtschaftlichen Beraterkreise von Angela Merkel und Emmanuel Macron gehen davon aus, dass das noch machbar ist – durchaus keine Selbstverständlichkeit. So wird der Green Deal nicht infrage gestellt, auch wenn zwei Drittel des französischen Konjunkturprogramms nicht unmittelbar auf den ökologischen Wandel abzielen. Viele äußerst wichtige Richtungsentscheidungen müssen getroffen werden, und wenn sich die soziale Situation in Frankreich weiter verschlechtert, besteht die Gefahr, dass wir letzten Endes einen falschen Weg einschlagen, um die gegenwärtigen ökonomischen Strukturen zu retten, statt uns für den Aufbau eines anderen Wirtschaftssystems zu engagieren. Meines Erachtens ist der Kampf noch nicht gewonnen, aber der Impuls ist noch sehr stark, und die insbesondere von China und der Biden-Administration ausgehende Botschaft lautet, dass CO<sub>2</sub>-Neutralität und Digitalisierung die Zukunft darstellen. In diesem Zusammenhang müssen die Konjunkturprogramme, die eine gewaltige top-down-Verteilung finanzieller Mittel bedeuten, den Bürgerinnen und Bürgern verständlich gemacht

werden. Es besteht ein Transparenzbedarf, was die Umsetzung dieser Programme betrifft. Ebenso ist zu klären, ob sie dem von uns als Gesellschaft definierten Ziel dienen – hierzu ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

**Patrizia Nanz** Der europäische Green Deal bietet weiterhin enormes Potenzial. In meinen Augen handelt es sich um ein Feld voller Möglichkeiten, und selbst in einem – durch die Corona-Krise erschwerten – Jahr haben wir gesehen, dass die Europäische Kommission sich dessen bewusst ist, dass es für eine Transformation einer stärkeren Beteiligung jenseits der nationalstaatlichen Ebene bedarf. Der Konvent der Bürgermeister für Klima und Energie und der Ausschuss der Regionen zeigen auch, dass auf diesen Ebenen Gestaltungswille und Ideen vorhanden sind. Zudem gilt es genauestens zu verfolgen, ob der im Dezember 2020 angelaufene Climate Act tatsächlich eine stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Klimapolitik ermöglicht. Ich bin überzeugt, dass der europäische Green Deal nur erfolgreich sein kann, wenn es gelingt, die notwendigen Veränderungen »unten« anzustoßen und »oben« aufzunehmen. Hier liegt im Übrigen auch ein Schlüssel zur Aktivierung und Entwicklung abgehängter Regionen. Ein Geldsegen aus Brüssel kann wirkungslos versickern, wenn die Ideen zur Verwendung dieser Mittel nicht vor Ort entwickelt werden. Wir müssen somit auch auf europäischer Ebene eine größere institutionelle Offenheit schaffen für die Experimente und Lösungsansätze von Kommunen, Regionen, Bürgerinnen und Bürgern. Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformation beginnt damit, dass Politik und Verwaltung selbst sich öffnen.

## Green Deal reloaded – Perspektiven für eine nachhaltige und gerechte Transformation der EU

N° 1, 22. Januar 2021

### Die Autorin und der Autor

Patrizia Nanz ist Ko-Direktorin des Deutsch-Französischen Zukunftswerks, wissenschaftliche Direktorin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) und Professorin an der Universität Potsdam. Ab Februar diesen Jahres wird sie Vizepräsidentin des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung.

Sébastien Treyer ist seit Januar 2019 Exekutivdirektor des IDDRI, außerdem ist er Vorsitzender des wissenschaftlich-technischen Komitees der Globalen Umweltfazilität Frankreich (FFEM) und Mitglied der Lead Faculty des Earth System Governance Netzwerks.

### Die Publikationsreihe

Die Publikationsreihe »Green Deal reloaded – Perspektiven für eine nachhaltige und gerechte Transformation der EU« ist ein Projekt der Stiftung Genshagen und des Institut Montaigne im Rahmen des Genshagener Forums für deutsch-französischen Dialog. Vor dem Hintergrund der COVID-19-Krise und der europäischen Konjunkturprogramme soll ein hochrangiger deutsch-französischer Dialog zu zentralen Herausforderungen des Green Deals gefördert und Empfehlungen zu damit verbundenen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Themen entwickelt werden. Die Reihe erteilt führenden französischen und deutschen Expertinnen und Experten das Wort, um ein nachhaltiges und widerstandsfähiges Zukunftsmodell der Europäischen Union zu skizzieren und ihre Handlungsfähigkeit als Akteur dieser ökologischen Transformation zu beleuchten.

### Herausgeber

Stiftung Genshagen  
Am Schloss 1  
D-14974 Genshagen  
institut@stiftung-genshagen.de

### Übersetzung aus dem Französischen

Juliane Seifert

### Layout

mor-design.de

### Redaktion

Stiftung Genshagen: Marie Augère, Elisabeth Hoffmann und Thomas Goujat-Gouttequillet  
Institut Montaigne: Alexandre Robinet-Borgomano und Anuchika Stanislaus

Die Stiftung Genshagen ist stets darum bemüht, auf eine gendergerechte Schreibweise zu achten. Um den Lesefluss nicht zu stören, wird bei Aufzählungen oder Aneinanderreihungen von Begriffen davon ausgegangen, dass das generische Maskulinum im geschlechtsneutralen Sinne verwendet wird.

Diese Publikationsreihe gibt ausschließlich die Meinung der Autorinnen und Autoren wieder. Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Genshagen ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Stiftung Genshagen, 2021

### Das Genshagener Forum für deutsch-französischen Dialog

Das Genshagener Forum für deutsch-französischen Dialog wird seit 2010 in Kooperation mit dem Pariser Institut Montaigne organisiert. Angesichts der zahlreichen Herausforderungen, denen Europa gegenübersteht, müssen Deutschland und Frankreich in besonderem Maß Verantwortung für die Zukunft der EU übernehmen und an der Entwicklung gemeinsamer Strategien arbeiten. Das Genshagener Forum unterstützt diesen Prozess aktiv, indem es einen ergebnisorientierten Dialog und die Vernetzung von jungen Führungskräften beider Länder fördert. Die Teilnehmenden kommen aus Politik und Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien, gehören der Altersgruppe zwischen 30 und 40 Jahren an und werden aufgrund ihrer Expertise persönlich eingeladen.

#ForumGenshagen



### Institut Montaigne

Das Institut Montaigne, gegründet im Jahr 2000 als unabhängiger Think-tank, ist eine Plattform für Reflektionen, Vorschläge und Experimente, die sich mit der staatlichen Politik in Frankreich und Europa beschäftigt. Durch seine Veröffentlichungen und die von ihm organisierten Veranstaltungen nimmt das Institut Montaigne eine aktive Rolle in der französischen und europäischen demokratischen Debatte wahr.

www.institutmontaigne.org  
 @i\_montaigne f @institutmontaigne

INSTITUT  
MONTAIGNE



### Stiftung Genshagen

Die Stiftung Genshagen ist eine gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts. Stifter sind die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien und das Land Brandenburg. Die Stiftung ist eine Plattform des Austauschs zwischen Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Zivilgesellschaft. Sie fördert den Dialog zwischen Deutschland, Frankreich und Polen im Sinne des »Weimarer Dreiecks«.

www.stiftung-genshagen.de  
 @SGenshagen f @StiftungGenshagen @stiftunggenshagen

 **Stiftung  
Genshagen**

Die vorliegende Publikationsreihe erscheint mit freundlicher Unterstützung von:



Unsere Stifter:

